

Alle haben verloren

Ole von Beusts CDU verfehlt bei Hamburg-Wahlen absolute Mehrheit. SPD legt nur bescheiden zu und scheitert mit »rot-grün«. Linke-Basis enttäuscht über »nur« acht Mandate. **Von Andreas Grünwald**

Als ein »tolles Ergebnis«, mit einem »klaren Führungsauftrag« für seine Partei, so bewertete noch am Sonntag abend Bürgermeister Ole von Beust (CDU) den Ausgang der Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Und in der Tat: Seine Partei verlor zwar 4,6 Prozent und damit die absolute Mehrheit im Rathaus, doch mit 42,6 Prozentpunkten ist es immerhin das zweitbeste Wahlergebnis, das die Partei in Hamburg je erzielte. Umgekehrt konnte die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Michael Naumann zwar 3,6 Prozent gegenüber 2004 dazugewinnen, doch die letztlich erzielten 34,1 Prozent markieren für die Hamburger Sozialdemokraten das zweit schlechteste Nachkriegsergebnis. Für die von Naumann favorisierte SPD-Grünen-Koalition reicht das aber auch deshalb nicht, weil gleichzeitig die Grün-Alternative Liste 2,7 Punkte verloren hat. Sie liegt nun bei 9,6 Prozent. Weit unter ihren eigenen Erwartungen ist auch das Ergebnis für Die Linke. Mit 6,4 Prozent und acht Abgeordneten zieht die Partei nun zwar klar in die Bürgerschaft ein, doch Meinungsforscher hatten den Linken noch in der Woche zuvor rund neun Prozent prognostiziert. Außerparlamentarisch verbleiben hingegen die FDP (4,7 – plus 1,9), die rechte DVU (0,8) und auch die rechtspopulistische Partei »Heimat Hamburg« des früheren Innensenators Roger Kusch. Sie erzielte – bei einem historischen Tief in der Wahlbeteiligung von 62,2 Prozent – nur magere 0,4 Punkte.

Von »hessischen Verhältnissen« ist Hamburg mit diesem Ergebnis weit entfernt. Denn noch am Wahlabend betonten sowohl Bürgermeister von Beust als auch die GAL-Spitzenkandidatin Christa Goetsch, daß sie die Bildung einer schwarz-grünen Koalition nun nicht mehr ausschließen. Daß ihm das lieber wäre, als eine große Koalition, hatte der Bürgermeister schon vor Wochen gesagt. CDU-Landeschef Michael Freytag erklärte zwar, daß seine Partei auch Gespräche mit der SPD führen werde, doch die »eigenen Inhalte«, so zeigen es ja auch die schwarz-grünen Bündnisse der



Anfangs nur verhaltene Freude – Wahlparty in der »Fabrik«

letzten Legislatur in den Stadtbezirken Altona und Harburg, seien wohl eher mit den Grünen umzusetzen. Gräben gäbe es mit denen nicht zu überwinden, allenfalls »Differenzen« auszuräumen, so sagt es auch von Beust.

Trotz ihres Einzugs in die Bürgerschaft konnten sich am Wahlabend bei den Linken nur wenige richtige freuen, als um Punkt 18 Uhr die ersten Prognosen über die Fernsehicker liefen. Mit einem zweistelligen Ergebnis hatte deren Spitzenkandidatin Dora Heyenn nach den Wahlerfolgen ihrer Partei in Niedersachsen und Hessen gerechnet. Wahlforscher sagen inzwischen, daß dies durch die angeblichen Äußerungen der niedersächsische DKP-Politikerin Christel Wegner zu »Stasi und Mauerbau« in der ARD-Sendung »Panorama« verhagelt worden wäre. Infratest dimap ermittelte sogar, daß dieser Punkt für 31 Prozent aller Hamburger Wähler mit entscheidend bei der Stimmabga-

be gewesen wäre. »Wir können einer solchen Antikommunismus-Kampagne nicht ausweichen«, betonte indes DKP-Landeschef Olaf Harms gegenüber *junger Welt*. Für den Einzug in die Bürgerschaft beglückwünschte er Die Linke aufs Herzlichste. Seine Partei spricht nun von einem »kraftvollen gemeinsamen Wahlkampf«. Harms dankte Linke-Spitzenkandidatin Dora Heyenn für »die unermüdliche Solidarität«. Selbst auf Listenplatz 10 der linken Wahlliste kandidierend, verpaßte der DKP-Mann den Einzug in die Bürgerschaft.

Optimistischer als seine Hamburger Parteifreunde zeigte sich Linke-Chef Lothar Bisky. Der betonte am Montag, das Ergebnis sei »außerordentlich bedeutend« für die weitere Entwicklung. »Wir sind auf gutem Wege, eine gesamtdeutsche Partei zu werden.«

Ähnlich unterschiedlich wird das Wahlergebnis auch bei der SPD interpretiert. Parteichef Kurt Beck lobte am

Sonntag in der Berliner Parteizentrale das »hervorragende Ergebnis«. Es zeige, daß seine Partei den Wahlkampf mit den »richtigen Themen« geführt hat. Hamburgs SPD-Landeschef Ingo Eglhoff kritisierte dagegen, die von Beck losgetretene Debatte über eine mögliche Wahl von Andrea Ypsilanti (SPD) zur neuen hessischen Ministerpräsidenten mit Unterstützung der Linken habe »alle anderen Themen wie etwa soziale Gerechtigkeit und bessere Bildung« überlagert. Spitzenkandidat Naumann kündigte bereits erheblichen Diskussionsbedarf im Bundesvorstand seiner Partei an. Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, daß in Westdeutschland mit »dieser Sekte« – gemeint ist die Linke – niemand verhandele, geschweige denn sich von dieser tolerieren lassen dürfe. Der SPD-Bundesvorstand in Berlin stärkte am Montag indes Beck den Rücken. Der Vorsitzende selbst hatte sich zur Wahl-nachlese krank gemeldet.

STATISTIK Daten und Fakten

◆ Vorläufiges amtliches Teilergebnis für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg

	2008	2004
CDU	42,6 %	47,2 %
SPD	34,1 %	30,5 %
GRÜNE/GAL	9,6 %	12,3 %
FDP	4,7 %	2,8 %
DIE LINKE	6,4 %	–
Anderere:	2,6 %	7,2 %
Wahlbeteiligung:	62,2 %	68,7 %

◆ Auf dieser Grundlage ergibt sich folgende Mandatsverteilung: CDU 56, SPD 45, Grüne 12, Die Linke, 8. Insgesamt 121. Zu den Linke-Abgeordneten zählen: Dora Heyenn, Joachim Birschhoff, Christiane Schneider, Wolfgang Joithe, Kersten Artus, Mehmet Yildiz, Zaman Masudi und Norbert Hackbusch. Endgültig steht dies aber erst fest, wenn am Dienstag abend auch die Wahlkreise vollständig ausgezählt sind. Nach dem neuen Hamburger Wahlgesetz ist es theoretisch möglich, daß ein Wahlkreiskandidat, der dort ein besonders gutes Ergebnis erzielt, für die Bürgerschaftsliste vorrückt.

◆ Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte Die Linke in folgenden Wahlkreisen: Hamburg-Mitte (9,3 Prozent), Billstedt – Wilhelmsburg – Finkwerder (8,3), Altona (9,6), Rotherbaum – Harvestehude – Eimsbüttel-Ost (6,7), Stellingen – Eimsbüttel-West (7,2), Barmbek – Uhlenhorst – Dulsberg (7,4), Bramfeld – Farmsen-Berne (7,1)

◆ Bezogen auf einzelne Stadtteile erzielte die Linke besonders gute Ergebnisse in St. Pauli (15,02 Prozent), St. Georg (10,20), Hammerbrook (10,57%), Hamm-Süd (11,08), Billbrook (15,93), Veddel (10,29), Altona-Altstadt (13,67), Sternschanze (16,19), Altona-Nord (13,43), Ottensen (10,56) und im Stadtteil Dulsberg (11,64)

◆ Bezirksversammlungen: Auch bei den Wahlen für die sieben Hamburger Bezirksversammlungen konnte die Die Linke überall die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. Sie erzielte folgende Ergebnisse: Stadtbezirk Mitte 10,2 Prozent, Altona 9,2, Harburg 8,2, Eimsbüttel 7,1, Nord 7, Bergedorf 6,6, Wandsbek sechs Prozent.

»Antikommunismus muß man widerstehen«

DKP-Debatte schmälert Wahlerfolg: Linke freut sich demnach über ihren »Achter«. **Ein Gespräch mit Wolfgang Joithe**

Die Linke sitzt erstmals mit acht Abgeordneten im Hamburger Rathaus. Doch als am Sonntag abend die ersten Prognosewerte für Ihre Partei bekannt wurden, war die Begeisterung auf Ihrer Wahlparty eher verhalten. Woran lag das?

Daran, daß es unmittelbar vor den Wahlen höhere Umfragewerte gab und wir uns so ausrechneten, vielleicht sogar ein zweistelliges Ergebnis einzufahren. Die Stimmung im Wahlkampf war uns gegenüber ja ausgesprochen positiv. Erst im Laufe des Abends haben wir dann realisiert, daß unser Hauptziel, nämlich mit unserem »Achter« in die Bürgerschaft einzuziehen, erreicht wurde. Das ist ein großer Erfolg.

Wahlforscher gehen davon aus, daß die Debatte um die niedersächsische Landtagsabgeordnete und

Wolfgang Joithe ist Bürgerschaftsabgeordneter für Die Linke in Hamburg

DKP-Politikerin Christel Wegner das Ergebnis für Ihre Partei negativ beeinflusst hat. Teilen Sie diese Einschätzung?

Fakt ist, daß uns diese Debatte – und die damit verbundene antikommunistische Kampagne – sicherlich nicht genutzt hat. Die Führung der DKP und auch Frau Wegner müssen sich schon die Frage gefallen lassen, warum es geschlagene fünf Tage gebraucht hat, bis sie eine Stellungnahme zur »Panorama«-Sendung vorlegten. Das hat sicherlich zu Irritationen unter unseren Wählern, aber auch bei unseren Mitgliedern geführt. Diese Irritation hat sich erst gelegt, als dann die Stellungnahme des Hamburger DKP-Manns Olaf Harms vorlag, in der sich dieser von Menschenrechtsverlet-

zungen ausdrücklich distanzierte.

Andererseits haben sich Harms und die DKP jetzt bei der Hamburger Linkspartei dafür bedankt, daß diese nicht ihrerseits auf den antikommunistischen Zug aufgesprungen ist. War das unter wahltaktischen Gesichtspunkten nicht falsch?

Wenn ein solcher Antikommunismus auftaucht, dann darf man als Linker dem nicht ausweichen, sondern dann muß man diesem deutlich widerstehen. Doch andererseits müssen wir jetzt auch überlegen, ob wir uns derartigen Angriffsflächen in Zukunft noch einmal aussetzen wollen, indem auf unseren Listen auch Personen aus anderen Parteien kandidieren. Klar muß sein: Wer bei uns kandidiert, muß auch zu den Grundlagen unseres Programms stehen.

Nicht nur das Linke-Wahlergeb-

nis blieb unter den Erwartungen. Auch die SPD hat ihr Ziel von 38 Prozent nicht erreicht. Demgegenüber konnte die CDU ihr zweitbestes Wahlergebnis seit 1946 einfahren. Wahlforscher sagen, das liege vor allem an der Person des Bürgermeisters.

Das liegt sicherlich auch an Ole von Beust, der ja merkwürdigerweise in Hamburg erhebliche Sympathiewerte hat. Doch zum anderen liegt es auch an seinem Herausforderer. Man darf nicht vergessen, daß Michael Naumann erst zum Spitzenkandidaten wurde, nachdem bei der SPD eine Urabstimmung über zwei andere Kandidaten so sehr manipuliert worden war, daß sie schließlich für ungültig erklärt werden mußte. Eingeführt hat sich Naumann zudem mit dem Wahlkampfhelden Gerhard Schröder und einem Statement, wonach die Agenda-

Politik und die Hartz-IV-Gesetze völlig richtig wären. Das hat sicherlich nicht dazu beigetragen, ehemalige Wähler der SPD zu mobilisieren.

Vieles deutet jetzt auf eine schwarz-grüne Koalition hin. Wie wird die Linke die Hamburger Landesregierung unter Druck setzen?

Wenn sich die Grünen darauf einlassen, dann ist das ein Verrat an ihren eigenen Wählern. Wir werden unmittelbar nach Konstituierung der Bürgerschaft deshalb dort beantragen, ein Sozialticket für Erwerbslose wieder einzuführen, die Studiengebühren zu streichen und öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die einen Mindestlohn zahlen und Tarifverträge einhalten. Dann werden wir sehen, wie sich Grüne und SPD zu ihren eigenen Wahlversprechen verhalten.

Interview: Andreas Grünwald